

Predigt über Römer 12,21-13,8a
23. Sonntag nach Trinitatis
Evangelische Kirche Panitzsch, 03. November 2024

Gnade sei mit euch und Friede von Gott, unserm Vater, und unserem Herrn Jesus Christus. Amen.

Der bedeutende Schweizer Theologe Karl Barth notierte am Vorabend seines Todes am 10. Dezember 1968:

Ja, die Welt ist dunkel. Nur ja die Ohren nicht hängen lassen! ... Denn es wird regiert, nicht nur in Moskau oder in Washington oder in Peking, sondern es wird regiert, und zwar hier auf Erden, aber ganz von oben, vom Himmel her! Gott sitzt im Regimente! Darum fürchte ich mich nicht. ... Gott lässt uns nicht fallen, keinen einzigen von uns ...! - Es wird regiert!

Mit diesen Gedanken setzte Karl Barth die politische Wirklichkeit des Jahres 1968 – tiefster kalter Krieg, Kulturrevolution in China, Ermordung von Martin Luther King, Rassenunruhen in den USA, Vietnamkrieg - in Beziehung zur Glaubensüberzeugung, dass Gott der Herr der Welt ist. Beides steht für Barth in einem direkten Zusammenhang. Doch wie sieht dieser aus? Das ist eine alte Streitfrage. Schon Jesus setzte sich in seinem Disput über die Steuerpflicht mit dem Problem auseinander. Die Frage war: In welchem Loyalitätsverhältnis stehen Menschen, die sich zu Gott bekennen, zur weltlichen Herrschaft? Wir haben seine Antwort im Evangelium (Matthäus 22,15-22) gehört:

Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!
Matthäus 22,21

Sind wir jetzt schlauer? Der Ratschlag Jesu beinhaltet ja weniger eine Problemlösung als vielmehr eine Problemanzeige. Überlegt, wie ihr das Verhältnis von Gottvertrauen und Staatsergebenheit seht. Doch lohnt sich in einer säkularen Gesellschaft, vom Regiment Gottes zu sprechen und dieses den irdischen politischen Institutionen gegenüberzustellen? Zumindest weist unsere Verfassung, das Grundgesetz, in der Präambel einen Gottesbezug auf. Danach stehen die Bürger:innen Deutschlands in Verantwortung „*vor Gott und den Menschen*“. Offensichtlich wollten die Väter und wenigen Mütter des Grundgesetzes nicht den Menschen, nicht die Wirklichkeit als alleinigen Maßstab für die Frage gelten lassen, wie regiert werden soll. Darum soll alles Politische auch als Antwort auf die Grundaussage des Glaubens verstanden werden können: „*Gott sitzt im Regimente!*“

Dies geht auch auf den Brief zurück, den der Apostel Paulus Mitte des 1. Jahrhunderts an die Christen in Rom gerichtet hat. In ihm entwickelt Paulus nicht nur grundlegende theologische Positionen, sondern auch erste Konturen einer christlichen Ethik, also der Lehre vom guten Sein. Im 13. Kapitel formuliert Paulus Gedanken, die das Verhältnis von weltlicher Macht und göttlicher Herrschaft, also auch von Staat und Kirche beschreiben. Sie sind Predigttext für den heutigen Sonntag. Eingerahmt ist dieser Abschnitt von zwei Sätzen, die leider meist unterschlagen werden:

Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem!
Römer 12,21

Damit endet das 12. Kapitel. Und am Schluss gehört Vers 8 noch unbedingt dazu:

Bleibt niemand etwas schuldig – außer der Schuld, die ihr niemals abtragen könnt: der Liebe, die ihr einander erweisen sollt. ...

Römer 13,8a

Das Gute und die Liebe sind die beiden Ziele irdischen Lebens, die sich für Paulus unmittelbar aus der Lehre Jesu und der Hoffnung auf Gottes neue Welt ergeben. In dieser Klammer führt Paulus aus:

1 Alle ohne Ausnahme müssen sich den Trägern der Staatsgewalt (bei Luther heißt es noch „Obrigkeit“) unterordnen. Denn es gibt keine staatliche Macht, die nicht von Gott kommt. Die jeweiligen Amtsträger sind von ihm eingesetzt. 2 Wer sich also gegen die staatliche Ordnung auflehnt, widersetzt sich der Anordnung Gottes, und wer das tut, zieht sich damit die Verurteilung im Gericht Gottes zu. 3 Vor den staatlichen Machthabern müssen sich nicht die fürchten, die Gutes tun, sondern nur die, die Böses tun. Wenn du also ohne Angst vor der Staatsgewalt leben willst, dann tu, was recht ist, und sie wird dich dafür loben. 4 Denn die staatliche Macht steht im Dienst Gottes, um dich zum Tun des Guten anzuspornen. Wenn du aber Böses tust, musst du dich vor ihr fürchten. Ihre Vertreter tragen nicht umsonst das Schwert. Sie stehen im Dienst Gottes und vollstrecken sein Urteil an denen, die Böses tun. 5 Darum müsst ihr euch der Staatsgewalt (Obrigkeit) unterordnen, nicht nur aus Furcht vor dem Gericht Gottes, sondern auch, weil euer Gewissen euch dazu anhält. 6 Deshalb zahlt ihr ja auch Steuern. Denn die Staatsbeamten handeln als Beamte Gottes, wenn sie beharrlich darauf bestehen. 7 Gebt also jedem, was ihr ihm schuldig seid! Wem Steuern zustehen, dem zahlt Steuern, wem Zoll zusteht, dem zahlt Zoll. Wem Respekt zusteht, dem erweist Respekt, und wem Ehre zusteht, dem erweist Ehre.

Römer 13,1-7 – Übersetzung „Gute Nachricht Bibel“

Der Obrigkeit untertan sein, sich ihr unterordnen – das ist eine Empfehlung, die jeden demokratisch gesinnten Menschen die Haare zu Berge stehen lassen. So erging es mir auch, als ich zum ersten Mal bewusst diesen Text aus dem Römerbrief gelesen habe. Das war zu Beginn meines Theologiestudiums im Sommer 1968 - in einer Zeit, in der sich meine Generation in Westdeutschland massiv von Gehorsamsstrukturen in Kirche und Gesellschaft zu befreien versuchte. Wir waren der Überzeugung: Niemals mehr darf den Menschen ein Untertanenbewusstsein anezogen werden – weder in der Kirche noch im Staat. Schließlich hatte sich gerade die evangelische Kirche in Deutschland bis 1945 autoritären Systemen angebeiert, den Führerstaat im Nationalsozialismus religiös gerechtfertigt und sich an der Zerstörung der ersten Demokratie in der Weimarer Republik aktiv beteiligt – mit der Folge eines unvorstellbaren moralischen Versagens.

Nun kennt aber die Demokratie nur durch freie Wahlen und auf Zeit vergebene und durch Parlamente und Öffentlichkeit kontrollierte Ämter und Funktionen – was nicht zuletzt ein leider oft vergessener und lange verdrängter Ertrag der Reformation ist. Wie können wir aber dann noch davon reden, dass die „Amtsträger“ von Gott eingesetzt sind? Ist in der Demokratie nicht oberster Souverän der Bürger, die Bürgerin? Sind Diener nicht die, die sich früher „Obrigkeit“ nannten – nämlich die Regierenden? So stellt sich im Blick auf die Gedanken des Apostel Paulus die Frage: Lohnt es sich noch, heute in diesen überkommenen Kategorien zu denken?

Diese Frage sollte uns dazu veranlassen, an diesen Text mit der ideologiekritischen Frage heranzugehen: Wer sagt hier was, wann, wo, wie und warum? Paulus, ein hoch gebildeter Jude, der nach seinem Wechsel zum neuen, sich entwickelnden christlichen Glauben diesen im Mittelmeerraum verbreitete und dabei oft genug mit der Staatsmacht aneinandergeriet, schreibt an die Christen in Rom. Diese versuchten, abseits des gesellschaftlichen Lebens Gemeinde Jesu Christi zu bilden – ständig der Gefahr ausgesetzt, mit der römischen Obrigkeit in Konflikt zu geraten. In den Gemeinden schien es durchaus unterschiedliche Meinungen darüber zu geben, wie weit man überhaupt die staatlichen Strukturen anerkennen soll. Steht es den Christen nicht gut an, sich aus dem öffentlichen Leben völlig herauszuhalten, anstatt sich zu beteiligen und dadurch ungerechte Strukturen zu legitimieren? Aber ist eine solche Haltung überhaupt möglich, wenn man an den Auftrag Jesu denkt, in alle Welt zu gehen und allen Menschen das Evangelium zu verkündigen, sich nicht nur dem Nächsten, sondern auch dem Feind zuzuwenden? Andere werden sich gefragt haben, ob man einer Staatsgewalt, die sich selbst als oberste Gottheit versteht – und das war beim römischen Kaiser der Fall – überhaupt Gehorsam schulden darf.

Paulus, in Rom selbst Opfer staatlicher Willkür geworden, sieht die Gefahr, dass die Christen sich zu sehr aus dem öffentlichen Leben heraushalten und ein abgeschottetes Eigenleben führen. Darum schärft er ihnen ein: *Ihr lebt in der Hoffnung auf Gottes neue Welt, aber ihr seid dennoch Bürger dieser irdischen Welt. Ihr sollt euch nicht der Welt gleich machen, aber euch dennoch an ihrem Leben beteiligen. Und wenn jemand Regierungsverantwortung trägt, der mit unserem Glauben nichts zu tun hat, wenn im Kaiserpalast ein Nero sein Unwesen treibt und sich keiner höheren Macht verpflichtet weiß, wenn er uns durch seine Schergen verfolgt – zweierlei dürft ihr nicht aus den Augen verlieren:*

1. *Wir haben uns als Christen der Staatsgewalt unterzuordnen, denn sie ist von Gott. Und:*
2. *Diejenigen, die die Staatsgewalt innehaben, müssen wissen, dass auch ihre Macht nur eine Leihgabe ist von Gott, der Vergänglichkeit ausgeliefert und den ethischen Maßstäben des Glaubens unterworfen.*

Beide Einsichten führen Paulus dazu, von den Christen sowohl aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu erwarten, als auch jede Auflehnung gegen die staatliche Ordnung und Obrigkeit abzulehnen. Ob der Auslöser für diese Mahnungen die Absicht von Christen war, das Zahlen der Steuern zu verweigern, oder von Bestrebungen, gegen das gewalttätige Wüten eines Nero aktiv Widerstand zu leisten, können wir heute nicht mehr ergründen. Aber eines ist deutlich: Paulus formuliert hier eine Haltung, die bewusst anknüpft an die Staatsethik, die ihm aus dem Judentum vertraut war. Diese besagt, dass Regierungen, auch wenn sie den Glauben an den einen Gott nicht teilen, dennoch Teil des Wirkens des einen Gottes sind. Das heißt aber auch: Jede Staatsgewalt hat sich an dem Recht und der Gerechtigkeit messen zu lassen, die die Propheten als kritischen Maßstab an das Handeln der Könige Israels angelegt haben.

Darum haben wir zu beachten: Die überspitzte Aussage des Paulus

Denn es gibt keine staatliche Macht, die nicht von Gott kommt.

will die Staatsgewalt nicht mit einer göttlichen Aura umgeben. Vielmehr wird mit dem Gedanken, dass jede Macht von Gott kommt, der Anspruch erhoben: Jede Staatsgewalt muss sich so verhalten, dass sie dem göttlichen Mandat entspricht:

Denn die staatliche Macht steht im Dienst Gottes, um dich (also den Bürger, die Bürgerin) zum Tun des Guten anzuspornen.

Der Staat hat die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass sich Gerechtigkeit, das Gute, die Liebe entwickeln können. Das ist der Maßstab, den Christen an staatliches Handeln anzulegen haben.

Leider sind die Gedanken des Paulus im Verlauf der Kirchengeschichte auch ganz anders verstanden worden. Leider wurden unter Verweis auf Römer 13 Gehorsamsstrukturen in Familie und Gesellschaft aufgebaut, die im Widerspruch standen zu dem, worauf es Jesus ankam: Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit herauszurufen, sie in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken und sie zu gleichberechtigten Gliedern der Menschengemeinschaft zu machen. Leider sind auch Martin Luther und der lutherische Flügel der Reformation zunächst auf halber Strecke stehen geblieben. Zwar haben sie die Grundlagen dafür geschaffen, die Bürgergesellschaft von klerikaler Bevormundung zu befreien und in dieser Weise das geistliche Regiment vom weltlichen zu trennen. Im Gegenzug aber verlangte Luther den Christen absoluten Gehorsam gegenüber der weltlichen Obrigkeit ab, die in seinen Augen die Kirche absicherte. So kassierte er die Freiheit des Christenmenschen wieder ein – mit fatalen Folgen. Teile der Kirchen, insbesondere die lutherischen Kirchen in Deutschland, gingen mit Bezug auf Römer 13, aber unter Missachtung der Klammer, ohne die nach Karl Barth Römer 13 nicht verstanden werden kann, die unselige Liaison von Thron und Altar ein. Da wurde – insbesondere im Nationalsozialismus - die Loyalität zu denen, die das Recht gebeugt, Kriege angezettelt und Menschen ausgerottet haben, größer als die Treue zum Wort Gottes.

Dennoch haben gerade die Gedanken des Paulus im Jahr 1934, also zu Beginn der Naziherrschaft, dazu geführt, die Rolle der Kirche im Gegenüber zum Staat mit der 5. These der Barmer Theologischen Erklärung neu zu bestimmen. Damals gelangte man zu der Auffassung, *„dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt ... nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.“* Der Kirche wies man die Aufgabe zu, *„an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten“* zu erinnern. (EG 810) Das waren damals insbesondere für die lutherischen Kirchen ganz neue Töne: Auf der einen Seite Bejahung der Staatsordnung, auf der anderen Seite eine solidarische Distanz, besser: eine kritische Solidarität zum Staat. Denn eines sollte - auch wenn es zunächst unbequem erscheint - für Christen unstrittig sein: Ohne ein geordnetes Staatswesen, und das beinhaltet: ohne Recht und Gerechtigkeit, geht es nicht.

Wie wichtig diese Grundüberzeugung ist, sehen wir heute an den Ländern, in denen sich das Gewaltmonopol des Staates aufgelöst, Gewalt privatisiert hat und die Willkür der Warlords und Korruption herrschen. Aber auch im eigenen Land haben wir in den vergangenen Jahren schmerzlich erfahren, dass die bewusst erzeugte Ausdünnung staatlicher Verantwortung sehr negative Folgen für das Gemeinwesen hat. Und schließlich zeigen uns Gruppierungen wie die sog. *„Reichsbürger“*, welche zerstörerische Kraft in solchem rechtsradikal-anarchischem Treiben aufbrechen kann. Doch aktuell sollten wir auch beachten, dass rechts-autokratische, faschistische Systeme immer damit beginnen, die Politik von Moral zu befreien, d.h. sich der Klammer, der moralisch-ethischen Bindungen, zu entledigen. Das war

bei den Nazis so; daran arbeiten mit krimineller Energie Polit-Tyrannen wie Donald Trump - mit der Bibel in der Hand und den Evangelikalen Gruppierungen im Rücken - derzeit sehr intensiv. Sie wollen gar keinen Staat. Denn ein solcher steht ihrem herrischen Machtanspruch im Wege.

Auf diesem Hintergrund erscheinen die Gedanken des Paulus nicht nur höchst aktuell. Wir können auch nachvollziehen, warum sich gerade Christen in einem Unrechtssystem mit der Frage herumschlagen müssen: Wie dieses bekämpfen, erneuern, verändern, ohne die Ordnung als solche aufzulösen? Das war der Konflikt zwischen Martin Luther und Thomas Müntzer zur Zeit der Bauernkriege 1525. Darüber haben sich die Männer und Frauen des Widerstands gegen das Nazi-Regime den Kopf zerbrochen. Das war auch eine Frage der Christen in der DDR und in den Tagen der Friedlichen Revolution 1989. Dass diese friedlich blieb, lag auch daran, dass die staatliche Ordnung nicht zur Disposition gestellt wurde. Natürlich: Es gibt Grenzen des Erträglichen. Es gibt die Abwägung: flüchten oder standhalten, Widerstand oder Ergebung. Theoretisch kann man das nicht beantworten. Wir können nur das mutige Tun derer reflektieren, die sich als Christen in Unrechtssystemen damit ernsthaft auseinandergesetzt haben. Bei den meisten verhält es sich so: Sie sind nicht vor ihrer Verantwortung geflohen. Sie haben sich der Aufgabe gestellt, durch ihr Tun den Staat und seine Bürger:innen an Gottes Gebote und Gerechtigkeit zu erinnern.

Diese Verantwortung gilt es unter vollkommen veränderten Bedingungen auch heute wahrzunehmen. Da steht jede Bürgerin, jeder Bürger vor der Frage:

- flüchten oder standhalten;
- sich aus der Demokratie ausklinken oder sich an ihr durch Wahlen, durch Meinungsbildung, durch Zivilcourage beteiligen;
- sich für das Gemeinwesen engagieren oder satt und selbstzufrieden alle öffentlichen Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

In der rechtsstaatlichen Demokratie bedeutet *„der Obrigkeit untertan sein“*:

- Als Bürger/in nehme ich meine demokratische Verantwortung wahr.
- Ich beteilige mich an Wahlen und nehme mein passives und aktives Wahlrecht in Anspruch.
- Ich arbeite in Parteien, Gewerkschaften, Initiativen mit, anstatt mich schmollend im gesellschaftlichen Abseits zu verlieren oder mich irgendwelchen Heilslehren anzudienen.
- Ich beteilige mich nicht am allgemeinen Politiker-Bashing nach dem Motto: Das sind doch alles nur Gauner, Ganoven und Volksverräter.

Wir tun also gut daran, diejenigen, die in Leipzig, in Sachsen, in Deutschland Regierungsverantwortung innehaben, als eine von Gott eingesetzte und geachtete Obrigkeit anzusehen. Sie dürfen Respekt erwarten, der Staat darf auch Steuern und unser Mittun erwarten – vor allem aber von uns Christen unsere tägliche Fürbitte. Aber die Regierenden unterliegen damit dem Maßstab, der durch die Klammer im Römerbrief verdeutlicht wird: das Böse mit Gutem zu überwinden und niemandem die Liebe schuldig zu bleiben. Spätestens hier sollte uns dämmern: Der Obrigkeit untertan sein, hat nichts mit Leisetreterei zu tun, sondern verlangt uns ein hohes Maß an gesellschaftspolitischer Verantwortung ab. Wer diese Verantwortung nicht wahrnimmt, der setzt die moralische Bindung staatlichen Handelns aufs Spiel. Wer sie aber wahrnimmt, der hält sich zum einen an die biblischen

Maßstäbe, zum andern lebt er in der sehr tröstlichen Gewissheit: Es wird regiert – nicht nur in aller Unvollkommenheit hier auf Erden, sondern auch durch den, der im Regimente sitzt:

Darum fürchte ich mich nicht. ... Gott lässt uns nicht fallen, keinen einzigen von uns ...!

Und der Friede Gottes, welcher höher ist als alle Vernunft, der bewahre unsere Herzen und Sinne in Christus Jesus. Amen.

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

www.wolff-christian.de

info@wolff-christian.de